

# Inhalt

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Vorwort</b> .....   | <b>2</b>  |
| <b>Der Demokratiebegriff</b> .....   | <b>3</b>  |
| Was ist Demokratie? .....  | 3         |
| Platons Einstellung zur Demokratie .....                                   | 3         |
| Der Idealstaat Platons .....   | 4         |
| Aristoteles' Einstellung zur Demokratie .....                              | 5         |
| <b>Die attische Demokratie</b> .....                                       | <b>7</b>  |
| Entwicklung und Geschichte der attischen Demokratie .....                  | 7         |
| Aufbau und Struktur der attischen Demokratie .....                         | 10        |
| <b>Ein neues athenisches Zeitalter? - Eine Zukunftsvision</b> .....        | <b>13</b> |
| Einleitung .....   | 13        |
| Verfassungsreform! Direkte Demokratie eingeführt .....                     | 13        |
| Erste Sitzung des Rates /  |           |
| Infrastruktur für Abstimmungen ausgebaut .....                             | 14        |
| Entscheidung über Wiedereinführung der Todesstrafe .....                   | 15        |
| Todesstrafe wiedereingeführt! Eindeutiges Ergebnis .....                   | 16        |
| Hinrichtungen werden zukünftig live übertragen .....                       | 16        |
| Abstimmung über Vermögenssteuer steht bevor /                              |           |
| Auch über Kürzung der Sozialleistungen wird entschieden .....              | 16        |
| Vermögenssteuer eingeführt / Kürzungen bei Sozialleistungen .....          | 17        |
| Wirtschaftliche Entspannung bleibt aus .....                               | 17        |
| Volksabstimmung gegen Steuererhöhung /                                     |           |
| Überwältigende Mehrheit .....  | 18        |
| <b>Probleme der direkten Demokratie</b> .....                              | <b>19</b> |
| Starke Beeinflussbarkeit der Stimmberechtigten .....                       | 19        |
| Mangelnder Sachverstand in der Bevölkerung .....                           | 21        |
| Fehlender Minderheitenschutz .....   | 21        |
| Politikmüdigkeit durch zu große Zahl an Abstimmungen .....                 | 22        |
| Die Bürger handeln nur im eigenen Interesse .....                          | 22        |
| Der Fall Sokrates .....  | 23        |
| <b>Beispiele für Elemente der direkten Demokratie in der Moderne</b> ..... | <b>26</b> |
| Die Verfassung der Weimarer Republik .....                                 | 26        |
| Das Modell der Schweiz .....   | 27        |
| <b>Direkte Demokratie ja oder nein? Ein Fazit</b> .....                    | <b>29</b> |
| <b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b> .....                             | <b>33</b> |

**Abbildungsverzeichnis ..... 35**

## **Vorwort**

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der direkten Form der Demokratie. Als Beispiel für diese Staatsform wird die attische Demokratie herangezogen und genauer untersucht. Vorher wird allerdings in einem Kapitel geklärt, was Demokratie überhaupt ist und welche Einstellung die antiken Philosophen Platon und Aristoteles zu ihr hatten.

Im nächsten Abschnitt wird nun die Demokratie des antiken Athens dargestellt. Einem kurzen Abriss der Entstehungsgeschichte der attischen Demokratie folgt eine Übersicht über die wichtigen politischen Institutionen und Organe.

Nun folgt eine Abhandlung über die Probleme einer derartigen direkten Demokratie. Zur Veranschaulichung wurde eine fiktive Zukunftsvision eines neuen athenischen Zeitalters entworfen. Die Probleme, die in diesem Phantasiestaat entstehen, werden im anschließenden Kapitel aufgegriffen und erläutert.

In einem weiteren Kapitel werden kurz Modernisierungen einiger Elemente der attischen Demokratie behandelt. Als Beispiele werden die Weimarer Republik und die Schweiz herangezogen.

Das letzte Kapitel zieht ein Fazit aus all diesen Überlegungen. Ist die direkte Demokratie nun sinnvoll oder nicht? Und wenn nicht, welche Staatsform ist besser geeignet?

Aufgrund des vorgegebenen Titels werden in dieser Arbeit hauptsächlich die Probleme und die negativen Seiten einer direkten Demokratie, wie sie im antiken Athen geherrscht hat, behandelt. Dass eine solche Staatsform auch enorme Vorteile mit sich bringt, ist wohl unumstritten, aber nicht Thema dieser Arbeit.

# Der Demokratiebegriff

## Was ist Demokratie?

Bevor ich auf die attische Demokratie und deren Probleme eingehe, erscheint es sinnvoll, den Begriff „Demokratie“ zuvor genauer zu betrachten und zu definieren.

Seit der Antike bezeichnen wir eine Staatsform als Demokratie, in der nicht nur *einige Auserwählte* - aus welchen Gründen auch immer - die Regierung innehaben, sondern *alle Bürger*. Rein semantisch betrachtet bedeutet es einfach Volksherrschaft (von den griechischen Worten *δημος* = Volk und *κρατειν* = herrschen). Die wichtigsten Prinzipien der Demokratie sind seit jeher die Freiheit des einzelnen und die Gleichheit. Unter Gleichheit ist allerdings nicht zu verstehen, dass alle Bürger gleich sein sollen. Damit ist vielmehr gemeint, dass jeder das bekommen soll, was ihm zusteht. Cassius Dio formuliert es so:

*„Demokratie heißt nicht: Allen dasselbe, sondern: Jedem das Seine“<sup>1</sup>*

Man unterscheidet vor allem zwischen zwei Arten der Demokratie: die *direkte* und die *repräsentative* Form der Demokratie. In der direkten Demokratie, welche in dieser Arbeit genauer untersucht wird und welche in Athen praktiziert wurde, bestimmt das Volk direkt in Abstimmungen über die aktuelle Politik. In einer repräsentativen Demokratie, wie sie vor allem in der Moderne praktiziert wird, wählt das Volk Repräsentanten, welche die politischen Entscheidungen für die Bürger treffen.

## Platons Einstellung zur Demokratie

Platon (427 - 347 v. Chr.) war vor allem in seiner Jugend sehr an der Politik interessiert, wie er in seinem siebten Brief schreibt, welcher einen Rückblick auf sein Leben darstellt<sup>2</sup>. Verwandte und Bekannte, die bereits politisch aktiv waren, forderten ihn zur Mitarbeit auf. Er war in dem Glauben, diese Politiker würden den Staat zur Gerechtigkeit bringen. Doch in diesem Glauben an die Demokraten wurde Platon schnell enttäuscht. Sokrates nämlich, den Platon für den gerechtesten Menschen seiner Zeit hielt, sollte verurteilt und hingerichtet werden.

Es kam schließlich zum Prozess gegen Sokrates und er wurde wegen Asebie (Gottlosigkeit) zum Tode verurteilt. Dies Ereignis war für Platon Anlass, sich

---

<sup>1</sup> zitiert nach Demandt, Alexander: Antike Staatsformen, Akademie Verlag Berlin, 1995, Seite 213

<sup>2</sup> vgl. Platon: Siebter Brief, 324b8 - 326b4

vollständig aus der Politik zurückzuziehen und ein Kritiker der Demokratie zu werden. Er hörte jedoch nicht auf, weiter über den Staat zu philosophieren.



Abb. 1: Platon

Platon versteht unter Demokratie eine Regierung der Armen über die Vermögenden<sup>3</sup>. Dabei ist es ganz gleich, welche dieser Gruppen in einem Staat die Mehrheit bildet. Damit vertritt er einen sozioökonomischen Ansatz<sup>4</sup>, welcher in gewisser Hinsicht an die Ideologie und Klasseneinteilung des Kommunismus erinnert.

Ihm erschienen jedoch alle Staatsformen seiner Zeit als elend. Für ihn konnte nur die Philosophie bestimmen, was gerecht ist. Daher könne ein gerechter Staat nur geschaffen werden, wenn entweder die Herrschenden begännen sich der Philosophie zu widmen, oder Philosophen regieren würden.<sup>5</sup>

Platon ist demnach ein Gegner der Demokratie. Das hängt auch damit zusammen, dass er der Meinung ist, dass jeder nur dann eine Sache gut machen könne, wenn er sich einzig und allein auf diese Sache konzentriere. Daher lehnt er Laien-Politiker, die nebenher noch weitere Tätigkeiten haben, ab.

### **Der Idealstaat Platons**

Aufgrund der Annahme, dass nur Spezialisten eine Aufgabe zum Guten hin ausführen könnten, teilt Platon die Gesellschaft seines Idealstaates in drei Stände ein: den *Nährstand*, den *Wehrstand* und den *Lehrstand*. Der Nährstand, die Basis und breite Masse der Gesellschaft, hat die Aufgabe, die Bevölkerung materiell zu versorgen und wird von Bauern und Händlern gebildet. Der Wehrstand hingegen soll den Staat nach innen und außen hin verteidigen. Der Lehrstand schließlich bildet die Regierung des Staates. Wichtig für Platon war, dass der Lehrstand von Philosophen gebildet wird. Diese sollten eine 40-jährige Ausbildung durchlaufen, bevor sie die Regierung übernehmen können.

Platon setzt diesen Idealstaat mit seinem Seelenmodell gleich, da für ihn der Staat nichts anderes als eine große Seele ist. Jedem der drei Stände ordnet er einen Seelenteil zu. Der Nährstand erhält die *Begierde*, der Wehrstand den *Mut* und der

<sup>3</sup> vgl. <http://www.info-antike.de/platon.htm>

<sup>4</sup> Versuch, gesellschaftliche Phänomene durch wirtschaftliche Begebenheiten zu begründen

<sup>5</sup> vgl. Platon: Siebter Brief, 326a - 326c

Lehrstand die *Vernunft*. Der Staat kann, ebenso wie die Seele, nur funktionieren, wenn sich alle drei Stände bzw. alle drei Seelenteile im Gleichgewicht zueinander befinden. Idealerweise sollte der Verstand mithilfe des Mutes die Begierden kontrollieren. So sollte es sich laut Platon möglichst auch im Staate verhalten: Die breite Masse des Volkes muss erkennen, dass sie ihre Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten hat und kein Platz für Individualismus ist. Durch diese Arbeit für die Gemeinschaft empfinden die einfachen Bauern, Handwerker und Kaufleute ein Glücksgefühl.

Platons Idealstaat ist also eine Aristokratie, in der eine kleine und erlesene Oberschicht die politische Macht innehat. Platon unterscheidet davon vier schlechte Staatsformen. Zum einen die *Timokratie*, da dies eine Regierung der Vermögenden aus dem Wehr- und dem Lehrstand sei, welche den Nährstand knechteten. Ebenso verachtet Platon die drei Staatsformen, in denen der Nährstand an der Regierung ist. Zum einen die *Oligarchie*, in der einige Reiche an der Macht sind. Dieser Staat sei vom Materialismus beherrscht. Daher ist hier der dritte Seelenteil, die Begierde, zu stark. Ähnlich verhält es sich mit der *Demokratie*, die aus Aufständen der Armen hervorginge. Auch hier ständen die Begierden und Lüste im Vordergrund, auf Bildung werde kein Wert gelegt. Die dritte Ausprägung dieser Staatsformen ist laut Platon die Tyrannis, in der ein einzelner Tyrann herrsche, der keine philosophische Ausbildung genossen habe und völlig vom dritten Seelenteil beherrscht sei. Daher habe er einen Hass auf das Volk und werde zur Befriedigung seiner persönlichen Begierden zum Verbrecher.

Auch hier kann man wieder erkennen, dass Platon ein entschiedener Gegner der Demokratie war, wie auch viele weitere Philosophen seiner Zeit. Platon sieht eine Aristokratie als idealen Staat an, welcher von gut ausgebildeten Spezialisten und Philosophen regiert wird.

### **Aristoteles' Einstellung zur Demokratie<sup>6</sup>**

Aristoteles unterscheidet in seiner „Politik“ grundsätzlich zwei verschiedene Arten von Staatsformen. Zum einen die guten Herrschaftsformen, welche das Wohl der Beherrschten anstrebten, und zum anderen die schlechten Herrschaftsformen, welche nur nach dem persönlichen Wohl des Herrschers strebten.

---

<sup>6</sup> vgl. Aristoteles: Politik, 1279ff

Neben dieser grundsätzlichen Unterscheidung nennt Aristoteles drei Regierungsformen, von denen es je eine gute und eine schlechte Ausprägung gibt. Diese sind:

1. Die Herrschaft eines einzelnen,
2. die Herrschaft von einigen wenigen oder
3. die Herrschaft vieler.

Regiert ein einzelner zum Nutzen des gesamten Volkes, nennt er dies *Monarchie*, entsprechend bei einigen wenigen *Aristokratie* und bei vielen *Politie*. Die schlechten Ausprägungen, bei denen die Regenten nur ihren eigenen Nutzen im Sinn haben, bezeichnet er als *Tyrannis*, *Oligarchie* und *Demokratie*. Die Tyrannis nutze nur dem Herrscher, die Oligarchie den Reichen und die Demokratie den Armen. Keine dieser Staatsformen habe aber einen allgemeinen Nutzen im Sinn und sie seien daher zu verurteilen.

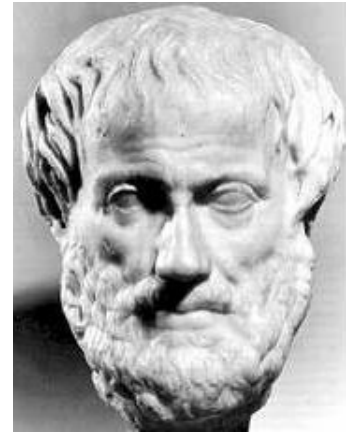


Abb. 2: Aristoteles

Aristoteles ist davon überzeugt, dass es immer so sei, dass die Wohlhabenden in einem Staat in der Minderheit seien. Daher ist für ihn eine Oligarchie (von griech. ολιγος = gering, wenig) immer eine Herrschaft der Reichen, im Gegensatz zu einer Demokratie, der Herrschaft der Armen. In diesem Punkt stimmt er mit seinem Lehrer Platon überein, welcher ebenfalls diesen sozioökonomischen Ansatz vertritt. Prinzipiell sei es aber nicht relevant, welche Gruppe in der Mehrheit sei. Oligarchie und Demokratie unterschieden sich nur im Besitz der Regenten.

Auch Aristoteles lehnt also die Demokratie ab, da sie nicht dem Allgemeinwohl diene. Jedoch ist für ihn die Demokratie immerhin noch eher zu akzeptieren als die Tyrannis oder die Oligarchie.

## Die attische Demokratie

Dieser Abschnitt enthält eine Darstellung der attischen Demokratie. Dabei gehe ich auf die geschichtliche Entwicklung Athens und der demokratischen Staatsform ein und beschreibe den Aufbau und die Struktur der athenischen Demokratie.

### Entwicklung und Geschichte der attischen Demokratie

Das, was wir heute unter der attischen Demokratie, bzw. der athenischen Demokratie kennen, ist das Ergebnis eines längeren Entwicklungsprozesses, den verschiedene Herrscher Athens geprägt haben. Diese Entwicklung hin zur Demokratie möchte ich im Folgenden kurz darstellen.

□

*Abb. 3: Die Lage Attikas*

Das antike Attika hatte die ungefähre Größe des Saarlandes und die größte Siedlung in dieser Landschaft war Athen. Der Weg dieses Gebietes hin zu einer demokratischen Verfassung beginnt mit einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen. Vor allem in den Städten verloren die traditionellen landwirtschaftlichen Verhältnisse an Bedeutung. Dafür wurden Handwerk und Handel immer wichtiger. Dies hatte zur

Folge, dass die Geldwirtschaft plötzlich eine bedeutende Komponente im Leben der attischen Bevölkerung war. Die Großgrundbesitzer nutzten diese Gelegenheit, um sich neue Einnahmequellen zu sichern. Die traditionelle Getreideproduktion wurde nun hauptsächlich durch die Viehwirtschaft ergänzt. Die von ihnen abhängigen Kleinbauern konnten dieser Entwicklung nicht folgen und verschuldeten sich bei ihren Herren. Dadurch gerieten sie nicht selten in die Schuldknechtschaft.

Diese für die große Masse des Volkes unangenehmen Zustände versuchte Solon (ca. 590 v. Chr.) durch soziale Reformen zu verbessern. Eine Motivation war dabei sicherlich auch, dass befürchtet wurde, die Kleinbauern würden sich in einem Aufstand gegen ihre Herren auflehnen. Um dem vorzubeugen beschloss Solon, dass den verschuldeten Bauern ihre Schulden erlassen wurden.

Solon reformierte die attische Verfassung. Er setzte durch, dass das Kriterium für die Teilnahme an der Volksversammlung nicht mehr die Zugehörigkeit zum Adel, sondern ein bestimmtes Mindesteinkommen war. Damit bestand auch für Unadelige die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden, wenn sie denn ein ausreichendes Einkommen haben. Dieses Prinzip nennt man *Timokratie*, welche die Herrschaft der besitzenden Klasse bezeichnet. Solon teilte die Gesellschaft - je nach Einkommen - in vier Klassen ein.

Eine weitere bereits als recht demokratisch zu bewertende Maßnahme des Solon war es, einen Volkgerichtshof einzurichten, dessen Mitglieder aus allen Bürgern von Attika ausgelost wurden. Aufgrund dieser Reformen bezeichnete Aristoteles Solon als den Schöpfer der attischen Demokratie.<sup>7</sup>

Kleisthenes brachte um 508 v. Chr. die nächsten entscheidenden Reformen in der attischen Verfassung voran. Er teilte die attische Bevölkerung in zehn als *Phylen* bezeichnete Bezirke ein, welche er wiederum in drei Gemeinden zu je zehn *Demen* gliederte. Die Phylen hatten die Funktion den Rat zu wählen und Soldaten zu rekrutieren. Bei Wahlen zur Volksversammlung hatten nun alle Bürger einer Deme gleiches Stimmrecht. Ebenso waren für die Volksversammlung alle Bürger wählbar, vom Kleinbauern bis zum Adligen. Davon ausgeschlossen waren - wie in der Antike üblich - Frauen, Sklaven und die Metöken<sup>8</sup>.

Das zentrale politische Organ war aber der *Rat der 500*, für welchen nur Mitglieder der ersten drei Klassen wählbar waren. Folglich war der Rat hauptsächlich mit Adligen und Vermögenden besetzt. Es bestand daher eine Doppelherrschaft durch die von allen Bürgern besetzte Volksversammlung einerseits und dem vor allem von Aristokraten besetzten Rat der 500 andererseits. Kleisthenes führte ebenso den so genannten *Ostrakismos*, das Scherbengericht, ein. In ihm konnten Mitglieder der Volksversammlung über Anträge auf Verbannung entscheiden.

Auch die unter Kleisthenes praktizierte Staatsform ist noch keine klassische Demokratie, da die Gleichheit der einzelnen Bürger noch nicht in allen Bereichen angenommen wurde. Man bezeichnet eine derartige Staatsordnung als *Isonomie*.

Ephialtes führte die Demokratisierungsprozesse konsequent weiter, indem er den bislang aristokratischen Areopag und die Archonten entmachtete und diese Ämter

---

<sup>7</sup> vgl. Demandt, Alexander, a.a.O., Seite 202

<sup>8</sup> Bezeichnung für die in einer Stadt bzw. einem Staat ansässigen Fremden

für einen Großteil der attischen Bevölkerung zugänglich machte. So ließ er 458 auch die dritte Steuerklasse für das Archontat zu, der Areopag wurde bereits 462 in seinen Kompetenzen stark eingeschränkt und war seitdem nur noch für die Blutgerichtsbarkeit zuständig. Perikles schließlich setzte um 450 die letzten nennenswerten Reformen durch. Er führte erstmals Diäten für Staatsbeamte ein. Dadurch entstand ein gewisses Berufspolitikertum in Athen.

Die weitere Entwicklung der attischen Demokratie ist stark abhängig von der Außenpolitik. Im Jahr 499 v. Chr. lehnte sich die die ionische Bevölkerung erstmals gegen die Unterdrückung durch die Perser auf. Jedoch konnten diese nicht besiegt werden, trotz der Hilfe Athens. In der Folge kam es zu einigen persischen Rachfeldzügen, bei denen sogar Athen zerstört wurde. Allerdings konnten die Athener die Perser in der Schlacht bei Salamis auf See zurückschlagen und besiegten 479 in Platää auch das persische Heer. Somit waren die ionischen Städte von der Unterjochung Persiens befreit.

Athen war zu dieser Zeit eine starke Seemacht, da Themistokles für den Kampf gegen die Perser ein enormes Flottenbauprojekt durchgeführt hatte. 478 wurde schließlich der *Delisch-attische Seebund* gegründet, welcher ionische Städte und Orte der Ägäis einschloss. Athen erlangte schnell eine Vormachtsstellung innerhalb des Bundes, welcher für die Stadt eine große Einnahmequelle darstellte.

Aufgrund der immer größer werdenden Macht Athens lief alles auf einen Konflikt zwischen dem Delisch-attischen Seebund und Sparta, welches sich mit anderen Landmächten zum *Peloponnesischen Bund* zusammenschloss, hinaus. 431 kam es tatsächlich zum Kriegsausbruch. Diese als *Peloponnesischer Krieg* bekannte Auseinandersetzung dauerte mit einigen Unterbrechungen bis 404. Sparta ging aus diesem Krieg siegreich hervor. Der Delisch-attische Seebund wurde aufgelöst, Athen - entgegen den antiken Gewohnheiten - aber nicht zerstört. Damit war die politische Macht Athens dahin. Seine kulturelle Vormachtsstellung in Griechenland aber blieb noch für eine lange Zeit bestehen.

Während des Krieges wurde die Demokratie zeitweise in Athen wieder abgeschafft und durch eine Oligarchie ersetzt. Nach Kriegsende allerdings, wurde die Demokratie von der Volkspartei wieder eingeführt. Sie hatte aber nicht mehr die reine und direkte demokratische Form wie vor dem Krieg und wurde immer wieder von tyrannischen Herrschaften unterbrochen. Die Römer führten

schließlich eine Oligarchie in Athen ein. Doch sogar zu dieser Zeit sind noch einige demokratische Elemente wie die *ekklesia* erhalten geblieben.

### **Aufbau und Struktur der attischen Demokratie**

Die attische Demokratie war eine *direkte Demokratie*. Im Gegensatz dazu stehen die meisten modernen Demokratien, welche als *repräsentativ* bezeichnet werden. In Athen konnte sich jeder Bürger aktiv an der Politik beteiligen und so z. B. über Gesetze oder Gerichtsurteile bestimmen. In einer repräsentativen Demokratie jedoch, wählt das Volk Repräsentanten, welche diese Aufgaben für die einzelnen Bürger übernehmen. Im Folgenden werden die wichtigsten Organe der attischen Demokratie vorgestellt.

#### *Die Volksversammlung*

Die wichtigste politische Organisation des athenischen Staates war die *Volksversammlung* (*ekklesia*). Zu ihr hatten alle freien athenischen Männer, die mindestens 18 Jahre alt waren, Zutritt. Wichtig war auch, dass nur solche Männer zur Volksversammlung gehören durften, die nachweisen konnten, dass Vater und Mutter aus Athen stammten. Somit hatte nur ein kleiner Teil des Volkes tatsächlich eine Stimmberechtigung in der Volksversammlung, meist waren es 30 000 bis 35 000 Männer. Wirklich anwesend in der Volksversammlung war aber nur ein geringer Prozentsatz von diesen. Bei bestimmten Abstimmungen, z.B. über die Verurteilung einzelner Bürger, mussten mindestens 6 000 stimmberechtigte Männer anwesend sein.

In der Volksversammlung waren erfahrungsgemäß Mitglieder der unteren und mittleren gesellschaftlichen Schichten stark vertreten, während Mitglieder der Oberschicht unterrepräsentiert waren. Aufgrund dieser Tatsache sahen viele Philosophen der Antike die Demokratie als Herrschaft des Proletariats und Pöbels an, welcher nur über eine geringe Bildung verfügte. Mit dieser Einstellung tat sich vor allem Platon hervor.

#### *Die Archonten*

Die *Archonten* waren die obersten Staatsbeamten in Athen. Nach dem Ende des Königtums waren es die Archonten, welche die Aufgaben des Monarchen übernehmen sollten. In der Frühphase der attischen Demokratie gab es immer nur einen Archonten, welcher die Regierungsgewalt innehatte. Im Laufe der

Geschichte wurde ihre Zahl auf neun Archonten und einen Schriftführer erhöht. Dadurch wurde verhindert, dass eine Einzelperson zu viel politische Macht besaß.

In der Praxis wurden die Archonten immer mehr zu Gunsten der Volksversammlung und des Rates entmachteter. Die Archonten wurden durch das Los bestimmt, wobei der Wahlmodus sich häufig änderte. Die Archonten stammten anfangs aus der obersten Schicht. Jedoch wurde es nach und nach auch Angehörigen der zweiten und dritten Schicht gestattet, Archont zu werden.

### *Der Areopag*

Der *Areopag* ist eines der ältesten Organe der attischen Demokratie. Dieser Rat bestand aus ehemaligen Archonten, die sich während ihrer Amtszeit nichts zu Schulden hatten kommen lassen. Die Mitgliedschaft im Areopag war zeitlich unbegrenzt. Der Areopag war ein beratendes und überwachendes Gremium. Seine Aufgaben waren vor allem die Überwachung der Verfassung, die Beratung der Volksversammlung und die Durchführung von Mordprozessen.

Der Areopag war zum Großteil mit Adligen und Mitgliedern der Oberschicht besetzt. Dies lag daran, dass viele Archonten aus diesen Kreisen stammten. Der Areopag kann daher als aristokratisches Organ bezeichnet werden. Unter Ephialtes kam es zu einer Entmachtung des Areopags. Seit 462 war dieser nämlich nur noch für die Blutgerichtsbarkeit zuständig.

### *Der Rat*

Der *Rat* (*boule*) wurde von Solon eingeführt. Anfangs hatte er 400 Mitglieder, welche alle durch das Los bestimmt wurden. Zu Solons Zeit war Attika noch in vier Phylen eingeteilt. Aus jeder dieser Phylen wurden je 100 Ratsherren entsandt. Die Amtszeit betrug ein Jahr.

Der Rat bildete ein Gegengewicht zum aristokratischen *Areopag*. Seine Aufgabe war es vor allem, die Volksversammlung zu beraten und Abstimmungen in ihr vorzubereiten. Der Rat überwachte aber auch das Militär, das Verkehrswesen und das Beamtentum in Athen.

Einher mit der Phylenreform des Kleisthenes ging auch eine Reform des Rates. Von nun an wurden aus jeder der zehn Phylen je 50 Bürger an den Rat entsendet, der nunmehr 500 Mitglieder hatte. Daher ist diese Institution auch als „Rat der 500“ bekannt. Mitglied des Rates konnten Athener nur zweimal in ihrem Leben

werden. Damit wollte man erreichen, dass möglichst viele Bürger einmal Mitglied des Rates werden konnten.

### *Das Volksgericht*

Das *Volksgericht* (heliaia) wurde ebenfalls von Solon eingeführt. Es bestand aus 6000 Mitgliedern, welche alle über 30 Jahre alt waren und jährlich ausgelost wurden. Später konnten sich die athenischen Bürger freiwillig als Richter melden. Ursprünglich bildete das Volksgericht nur eine Berufungsinstanz. Jedoch wurden dessen Rechte schnell erweitert, so dass es bald alle Instanzen innehatte. Alle Entscheidungen, die vom Volksgericht getroffen wurden, waren sofort rechtskräftig und wurden vollstreckt. Es hatte auch die Befugnis, Gesetze und Bestimmungen von Beamten außer Kraft zu setzen.

Ein weiteres gerichtliches Organ war die Volksversammlung, welche mit dem Scherbengericht (ostrakismos) die Verbannung gegen einzelne Bürger Athens aussprechen konnte. Jährlich gab es die Möglichkeit, ein Scherbengericht abzuhalten. Dabei ritzte jeder Teilnehmer den Namen eines Atheners, den er in die Verbannung schicken wollte, auf eine Tonscherbe. Kamen 6000 Scherben gegen einen Bürger zusammen, wurde dieser für zehn Jahre aus Athen verbannt.



*Abb. 4: Tonscherben des ostrakismos*

## **Ein neues athenisches Zeitalter? - Eine Zukunftsvision**

In letzter Zeit liest und hört man recht oft davon, dass das Internet die Demokratie revolutionieren könnte. Das Internet bietet die Infrastruktur, um die Demokratie direkter zu machen und die Bürger aktiver in die Politik einzubinden. Schnell machen Schlagworte wie „eDemokratie“ die Runde und sogar ein neues athenisches Zeitalter wird vorhergesagt.

Doch ist dies denn überhaupt eine wünschenswerte Entwicklung? Ist eine direkte Demokratie nicht auch mit vielen negativen Faktoren und Nachteilen verbunden? Um dies zu verdeutlichen, habe ich eine fiktive Zukunftsvision eines Staates entworfen, in der eine direkte Demokratie unter Zuhilfenahme der modernen Medien praktiziert wird. In Form von Zeitungsartikeln wird über wichtige Entscheidungen in diesem Staat informiert.

### **Einleitung**

Die folgende Utopie spielt irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft in einem Staat, in dem noch eine repräsentative Demokratie herrscht. Um welches Land und um welche handelnden Personen es sich handelt, spielt keine Rolle. In diesem Land ist es zu einer weitreichenden Politikverdrossenheit gekommen, es fehlt den Bürgern an Motivation sich politisch zu beteiligen, der Ärger auf die Politiker ist groß, da sie nach Meinung des Volkes nichts leisteten. Diese negative Stimmung wurde von der Regierung erkannt. In Anbetracht dessen und unter Berücksichtigung der Möglichkeiten durch die neuen Medien wurde eine Kommission für eine Verfassungsreform geschaffen, welche eine neue Form der Demokratie ausarbeiten soll.

### **Verfassungsreform! Direkte Demokratie eingeführt**

Nach langen Beratungen der Kommission für eine Verfassungsreform ist es endlich soweit: Die ersten Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit präsentiert. Die Kommission, welche sich aus Vertretern von Parlament und Regierung zusammensetzt, hatte die Aufgabe, nach den stark gesunkenen Wahlbeteiligungen der letzten Jahre und der allgemeinen Politikverdrossenheit in der Bevölkerung eine einschneidende Reform der Verfassung auszuarbeiten, um das Volk wieder zu motivieren, sich aktiv politisch zu beteiligen. Durch diesen „Ruck“ der durch die Nation gehen soll, versprechen sich führende Politiker auch einen Weg heraus aus der wirtschaftlichen Stagnation.

„Dieser Tag ist einer der bedeutendsten in der Geschichte unseres Landes“, sagte der Vorsitzende der Kommission. „Endlich ist die Idee der Demokratie komplett verwirklicht. Ein neues athenisches Zeitalter ist angebrochen!“ Damit beruft er sich auf die Verfassung des antiken Athens, in dem es erstmals in der Menschheitsgeschichte eine direkte Demokratie gab.

Die Bürger haben zukünftig das Recht und auch die Aufgabe über Gesetze zu bestimmen. Ähnlich wie in der Verfassung des antiken Athens wird ein Rat aus 1000 zufällig bestimmten Bürgern die Abstimmungen vorbereiten. Die Abstimmungen werden durch das Internet durchgeführt. Um zu gewährleisten, dass sich wirklich jeder Bürger an ihnen beteiligen kann, wird jeder Haushalt mit einem kostenlosen Internetzugang ausgerüstet. An derartigen Abstimmungen können alle Bürger ab 18 Jahren teilnehmen. Ein Volksentscheid über ein Thema kann auch vom Volk selbst initiiert werden. Dazu müssen sich mindestens 5% aller stimmberechtigten Bürger für ein bestimmtes Thema aussprechen. Jeder kann ein Thema zur Abstimmung vorschlagen.

Das Parlament und die Regierung haben jetzt beratende Funktion. Sie können Vorschläge für Gesetzesentwürfe einbringen und stehen dem Rat bei Problemen zur Seite. Die einzige Regierung ist jetzt das Volk! Die Bürger haben nun auch die Möglichkeit, bei bestimmten Prozessen Urteile zu fällen. Der Rat kann bestimmen, dass ein Prozess per Volksentscheid entschieden wird.

Dieses Experiment ist bislang einzigartig auf der Welt und unser Land ist damit das erste, das den Aufbruch in ein neues politisches Zeitalter vollzogen hat. Es liegt nun an Ihnen, dass das neue System ein Erfolg wird! Die UNO zeigte sich erfreut über diese Entwicklung. „Wir freuen uns, dass zum ersten Mal in der Neuzeit ein Volk wieder ganz frei über sich selbst bestimmen kann.“, sagte der UN-Generalsekretär.

### **Erste Sitzung des Rates / Infrastruktur für Abstimmungen aufgebaut**

Die Infrastruktur für Volksabstimmungen ist nun komplett aufgebaut. Jeder stimmberechtigte Haushalt verfügt über einen PC mit Internetzugang, die nötigen passwortgeschützten Webseiten wurden erstellt. Alles ist nun für erste Abstimmungen vorbereitet. Die Wahlberechtigten werden frühzeitig per Email über eine Abstimmung informiert und haben eine Woche Zeit, um ihre Stimme

abzugeben. Bei Abstimmungen, die eine schnelle Entscheidung erfordern, kann diese Zeit vom Rat entsprechend verkürzt werden.

Die 1000 zufällig ausgewählten Mitglieder des Rates sind heute erstmals zusammengetroffen. Das gesamte Land wurde für die Auslosung in 100 Bezirke eingeteilt, aus denen je zehn Ratsmänner und -frauen ausgelost wurden. Der erste Beschluss des neuen Rates sieht vor, Volksabstimmungen monatlich durchzuführen. In besonderen Situationen können auch außerplanmäßig Abstimmungen durchgeführt werden.

### **Entscheidung über Wiedereinführung der Todesstrafe**

Als eine der ersten Abstimmungen steht nun eine Entscheidung über die Wiedereinführung der Todesstrafe an. Dieser Vorschlag wurde von einem Bürger eingebracht und fand schnell die Zustimmung von 5% aller Stimmberechtigten. Damit hat der Rat die Abstimmung über diesen Sachverhalt vorzubereiten.

In den Medien laufen derweil viele Kampagnen, um den Bürgern die schwierige Entscheidung zu erleichtern. Die Diskussionen sind teilweise sehr kontrovers. Ein Vertreter der Organisation „Hilfe für Opfer von Sexualverbrechen“ sagte dazu: „Solch grausame Verbrechen, die Sexualverbrecher ihren Opfern antun, können ein Leben lang nicht gebüßt werden. Daher fordern wir für diese Bestien die Todesstrafe! Die Gesellschaft muss vor ihnen geschützt werden!“

Vertreter von Menschenrechtsbewegungen hingegen sprechen von „staatlichem Mord“ und lehnen die Todesstrafe strikt ab. „Es ist doch paradox, wenn ein Staat vehement verbietet zu töten, jedoch seine Bürger auf legale Art und Weise selbst umbringt!“, sagte ein Gegner der Todesstrafe auf einer Kundgebung.

Um dieses Thema ist eine hitzige Medienschlacht im Gange. Vor allem Boulevard-Magazine und -Zeitungen setzen sich für die Todesstrafe ein und argumentieren mit stark emotionalisierenden Argumenten. Man sieht immer wieder Interviews mit Hinterbliebenen von Opfern von Gewaltverbrechen, welche unter Tränen Wiedergutmachung für die Straftaten fordern, die ihren Kindern, Eltern oder Enkeln angetan wurden. Die Gegner der Todesstrafe können nicht auf so spektakuläre Art und Weise argumentieren, sie bleiben sachlich und finden bei der Masse der Bevölkerung kaum Gehör. Daher ist davon auszugehen, dass das Votum des Volkes eindeutig für eine Wiedereinführung der Todesstrafe ausfallen wird.

## **Todesstrafe wieder eingeführt! Eindeutiges Ergebnis**

Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 70% ist gestern per Volksentscheid die Todesstrafe wieder eingeführt worden. Sie soll den Gerichtshöfen und dem Volksgericht bei Mord und bestimmten Sexualverbrechen als Höchststrafe zur Verfügung stehen.

Erleichtert zeigten sich Verbände, die sich für die Todesstrafe ausgesprochen hatten. „Dies ist ein wichtiger Schritt bei der Verbesserung der allgemeinen Sicherheit. Wir erwarten, dass die Todesstrafe viele Verbrecher von ihren Taten abschrecken wird.“, hieß es. Menschenrechtsbewegungen zeigten sich hingegen tief enttäuscht. „Dies ist ein schwerer Rückschlag für unsere Gesellschaft. Wir haben uns durch die Verfassungsreform einen menschenwürdigeren Staat erhofft. In dieser Hoffnung wurden wir bitter enttäuscht.“, so ein Mitglied.

Nach diesem Ergebnis hat sich eine neue Initiative gebildet, welche fordert, dass Hinrichtungen live im Internet und im Fernsehen übertragen werden. Dies solle die abschreckende Wirkung der Strafe vergrößern. Wie es scheint, wird auch darüber per Volksentscheid entschieden werden, da sich bereits viele dieser Bewegung angeschlossen haben.

## **Hinrichtung werden zukünftig live übertragen**

Mit einer erneuten eindeutigen Mehrheit wurde nun beschlossen, Hinrichtungen live über das Internet und Fernsehen zu übertragen. Befürworter dieser Maßnahme stellen vor allem die abschreckende Wirkung heraus, welche dadurch erreicht werden soll. Man erhofft sich einen spürbaren Rückgang an schweren Gewaltverbrechen durch dieses neue Gesetz.

## **Abstimmung über Vermögenssteuer steht bevor / Auch über Kürzung der Sozialleistungen wird entschieden**

Auf Initiative des Rates wird nächste Woche über die Einführung einer Vermögenssteuer abgestimmt. Dies solle der stark angeschlagenen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen, indem der Staat die Einnahmen aus der neuen Steuer in Subventionen und Entlastungen für Unternehmen investiert.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, Vermögen von Privatpersonen gestaffelt zu besteuern. Einzelheiten dazu wird nach der prinzipiellen Zustimmung der Bevölkerung eine Sonderkommission ausarbeiten.

Außerdem sind die Bürger aufgefordert, über Kürzungen der staatlichen Sozialleistungen abzustimmen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe drastisch zu reduzieren und über einen kürzeren Zeitraum auszuzahlen. Auch diese Einsparungen sollen helfen, den maroden Haushalt zu konsolidieren und die Neuverschuldung zu senken.

### **Vermögenssteuer eingeführt / Kürzungen bei Sozialleistungen**

Die letzte Volksabstimmung hat den Vorschlägen des Rates zur Einführung der Vermögenssteuer und Kürzung von Sozialleistungen zugestimmt. Der Rat zeigte sich erleichtert: „Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung um den Haushalt zu sanieren und die Wirtschaft wieder in die Gang zu bekommen“, so der Vorsitzende gestern in einem TV-Interview.

Unternehmerverbände zeigten sich hingegen entsetzt: „Die Besitzenden zusätzlich zu belasten ist genau der falsche Weg.“, so ein Vorstandsmitglied der nationalen Unternehmervvertretung. „Dies wird ein investitionsfeindliches Klima in unserem Land schaffen und die Wohlhabenden ins Ausland abwandern lassen!“. Kritik an den neuen Gesetzen übten auch Sozialverbände. In Interviews hörte man immer wieder dieselben verärgerten Kommentare: „Es hat nichts mehr mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, wenn man den Ärmsten in unserer Gesellschaft auch noch das letzte Hemd nimmt!“

### **Wirtschaftliche Entspannung bleibt aus!**

Trotz der neuen Gesetze zur Vermögenssteuer und den Ausgabenkürzungen erholt sich die Wirtschaft nur schleppend. Auch das Haushaltsloch konnte dadurch nicht gestopft werden. Das Parlament empfahl daher dem Rat, eine Abstimmung über Steuererhöhungen durchzuführen. Dies sei der einzige Weg, um die horrenden Staatsausgaben zu finanzieren. Vorgeschlagen wurde vor allem eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt. Doch auch die Einkommenssteuer müsse erhöht werden. Der Rat ist dieser Empfehlung gefolgt und hat für kommende Woche eine Abstimmung vorbereitet.

Die Medienkampagnen sind im vollen Gange. Die Boulevard-Presse beschuldigt die Ratsmitglieder, den Bürgern ihr mühsam erarbeitetes Einkommen wegnehmen zu wollen. Seriösere Blätter mahnen, dass dadurch die Leistungsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung sinken würde.

### **Volksabstimmung gegen Steuererhöhung / Überwältigende Mehrheit**

Mit einer überwältigenden Mehrheit von mehr als 90% hat sich das Volk gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen. Die Abstimmung wurde von einer gigantischen Medien-Kampagne gegen den Vorschlag des Rates begleitet. Finanzexperten und Parlamentsvertreter zeigten sich von dem Votum des Volkes schwer enttäuscht. „Mit dieser kurzsichtigen Haltung hat sich die Bevölkerung selbst enorme wirtschaftliche Probleme eingeheimst“, hieß es aus Fachkreisen. Diese Probleme seien nur schwer in den Griff zu bekommen, da es dem Staat einfach an finanziellen Mitteln fehle.

## **Probleme der direkten Demokratie**

Anhand meiner kurzen Zukunftsvision und des Beispiels der attischen Demokratie möchte ich nun die wesentlichen Probleme einer direkten Demokratie erarbeiten und erläutern. Bevor ich auf die Probleme und Nachteile eingehe, möchte ich kurz die natürlich ebenso vorhandenen Vorteile einer derartigen Regierungsform nennen:

- Weniger Macht von politischen Parteien und dadurch mehr Einfluss von themenorientierten Interessensverbänden,
- nur bei der direkten Form handelt es sich wirklich um eine Demokratie, da hier das Volk aktiv am politischen Prozess teilnimmt,
- es kann nicht so leicht eine Politikverdrossenheit durch Unzufriedenheit mit den Politikern im Volk entstehen,
- Machtinteressen, die heute leider häufig die Politik bestimmen, entfallen, weil es kaum gewählte Politiker gibt.

Diese Vorteile liegen auf der Hand und werden immer wieder von Initiativen vorgebracht, die sich für eine direktere Demokratie einsetzen. Doch die Nachteile einer direkten Demokratie sind nicht zu übersehen. Auf die wichtigsten Probleme werde ich nun eingehen.

### **Starke Beeinflussbarkeit der Stimmberechtigten**

Volksabstimmungen in einer direkten Demokratie wären wahrscheinlich von immensen *Medienkampagnen* begleitet. Hier täte sich in erster Linie die Boulevard-Presse hervor, welche mit plakativen und populistischen Argumenten die abstimmenden Bürger beeinflussen würde. Die Macht der Medien würde also noch größer werden, als sie heute schon ist; man bezeichnet sie ja manchmal bereits als „vierte Gewalt“ im Staat. Ebenso hätten geschickte Demagogen einen großen Einfluss auf die Entscheidungen des Volkes.

Sicherlich ist es nicht zu verurteilen, dass die Medien die Bürger auf die Abstimmungen vorbereiten und sie über die Sachlage informieren. Dies ist sogar wünschenswert. Jedoch muss man erwarten, dass die Boulevard-Presse möglichst populistische Meinungen vertreten dürfte, um eine hohe Auflage zu erzielen. Die Meinung der Masse ist aber nicht zwangsläufig auch die richtige.

Diese Art des Journalismus vertritt vorrangig das Ziel, einen möglichst großen Profit zu erzielen. Eine sachliche und neutrale Information ist zweitrangig. Diese bittere Realität kann man heute z.B. an der „Bild-Zeitung“ beobachten, welche immer darum bemüht ist, eine breite Masse in der Bevölkerung anzusprechen. Alternative Meinungen und gesellschaftliche Randgruppen haben in diesem Blatt nur selten eine Chance.

Diese Vermutung wird bei einem Blick auf die Geschichte der attischen Demokratie bestätigt: Hier fanden vor allem vor einem Scherbengericht regelrechte Hetz- und Propagandakampagnen gegen bestimmte Bürger statt, welche das Volk in seiner Meinungsbildung beeinflussen sollten. Diese Propagandamaschinerie war schließlich so extrem, dass Unschuldige verbannt wurden. Daher wurde seit 417 v. Chr. das Scherbengericht in Athen nicht mehr angewendet.<sup>9</sup>

Ein Beispiel für den großen Einfluss von Demagogen auf die Entscheidung der attischen Volksversammlung ist die sehr sprunghafte und wenig sachgerechte Politik Athens während des Peloponnesischen Krieges. Nach der Niederlage der Spartaner 425 v. Chr. auf der Insel Sphakteria nämlich, machten diese ein für Athen sehr günstiges Friedensangebot. Der Demagoge *Kleon* aber war dagegen und beeinflusste die Bevölkerung durch seine rhetorischen Fähigkeiten und seine Glaubwürdigkeit dahingehend, dass sie gegen das Angebot der Spartaner stimmte.

Auch *Adolf Hitler* kann als Beispiel für einen großen Demagogen herangezogen werden. Ohne Zweifel war er ein Politiker, dem es an Weitsicht fehlte und dessen Politik nicht dem Allgemeinwohl des Volkes diene. Jedoch verfügte er über eine geschickte Rhetorik und konnte damit die deutsche Bevölkerung überzeugen. Hitler hatte einen enormen Zuspruch im Volk, obwohl er großes Leid über es brachte. Dies zeichnet einen guten Demagogen aus, der es versteht, das Volk durch sein Charisma, seine Art zu Reden und weitere psychologische Beeinflussungen von sich und seinem politischen Programm zu überzeugen.

Es ist also anzunehmen, dass auch in einem „neuen athenischen Zeitalter“ sowohl die Medien, als auch Demagogen wie einst Kleon oder Hitler, einen starken Einfluss auf die Politik hätten. Dies ist in den meisten Fällen ein entscheidender

---

<sup>9</sup> vgl. Demandt, Alexander, a.a.O., S. 218

Nachteil, da dadurch die freie Meinungsbildung der stimmberechtigten Bürger eingeschränkt wird.

### **Mangelnder Sachverstand in der Bevölkerung**

Ein weiteres entscheidendes Problem ist das mangelnde Fachwissen in der Bevölkerung. Viele Entscheidungen in der Politik sind sehr komplex und sollten nur von Experten getroffen werden. Welcher „einfache“ Bürger würde sich z.B. heute in Deutschland zutrauen, Entscheidungen über unser kompliziertes Steuersystem zu fällen?

Aufgrund des fehlenden Sachverstandes würden sich viele Bürger von der öffentlichen Meinung beeinflussen lassen, die z.B. in den Medien publiziert wird (s.o.). Viele Bürger würden auch einfach „aus dem Bauch heraus“ oder nach dem „gesunden Menschenverstand“ urteilen. Dies muss nicht unbedingt negativ sein, doch in einigen Fällen würde dies zu falschen oder ethisch nicht vertretbaren Entscheidungen führen. Als Beispiel dafür habe ich die Einführung der Todesstrafe genannt. Viele Bürger wären sicherlich aus niederen Beweggründen wie z.B. Rache für diese Strafe. Besonders in dieser Frage hätten Medien einen großen Einfluss, da sie die Diskussion weg von einer sachlichen Abwägung hin zu einer von Emotionen bewegten Kampagne führen könnten.

In Athen haben sich die Bürger im Laufe der Geschichte ein gewisses Fachwissen angeeignet und Erfahrungen im politischen Bereich gesammelt. Jedoch sind die Probleme der heutigen Zeit viel komplexer als die in der Antike. Regierte die athenische Volksversammlung nur das überschaubare Gebiet Attikas, hätte heute in Deutschland das Volk über 80 Millionen Menschen zu entscheiden. Die politischen Probleme sind außerdem durch Prozesse wie die Globalisierung für „normale“ Bürger unüberschaubar geworden. Es ist unmöglich, dass jeder über alles entscheiden kann. Es muss Spezialisten für die unterschiedlichen Fachbereiche geben. Dies kann eine direkte Demokratie kaum leisten.

### **Fehlender Minderheitenschutz**

In einer direkten Demokratie sind nur solche Gesetze mehrheitsfähig, die von der breiten Masse des Volkes getragen werden. Gesetzesentwürfe hingegen, die von Minderheiten und gesellschaftlichen Randgruppen vorgetragen werden und auch nur wenige Menschen betreffen, haben wohl kaum eine Chance, wenn das gesamte Volk darüber zu entscheiden hat. Noch schwerwiegender aber ist das

Problem, dass die Mehrheit für gewisse Minderheiten nachteilige Entscheidungen treffen kann.

Meine Beispiele dafür sind die Einführung der Vermögenssteuer und die Kürzung von Sozialleistungen. In den meisten Industrieländern sind die Reichen und die Armen nämlich in der Minderheit, während der Mittelstand die große Mehrheit bildet. Daher ist es möglich, dass diese Mehrheit - anstatt auch selbst Kürzungen hinzunehmen - nur gesellschaftliche Minderheiten stärker belastet. Dies ist natürlich ungerecht und widerspricht damit einem der grundlegenden Prinzipien der Demokratie.

Abhilfe schafft hier im gewissen Maße die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte, welche unter anderem besagen, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Dadurch könnten teilweise ungerechte Entscheidungen verhindert werden. Dies setzt aber auch voraus, dass es eine Behörde gibt, die die Entscheidungen des Volkes auf Verfassungskonformität prüft, wie dies in Deutschland das Bundesverfassungsgericht leistet.

### **Politikmüdigkeit durch zu große Zahl an Abstimmungen**

In einer direkten Demokratie kommt es zwangsläufig zu einer großen Zahl an Abstimmungen. So fanden in Athen jede Woche Sitzungen der Volksversammlung statt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Bürger aufgrund dieser Menge an Entscheidungen, die sie zu treffen haben, schnell das Interesse an der politischen Beteiligung verlieren.

Wie man an der Wahlbeteiligung in Deutschland sieht, scheint es ja schon für viele zuviel verlangt zu sein, alle paar Jahre einmal zur Wahl zu gehen. Wie soll sich das erst weiterentwickeln, wenn es wöchentlich zu Abstimmungen kommt? Allem Anschein nach wäre die Beteiligung wohl recht niedrig, vielleicht gar unter 50%. Kann man dann überhaupt noch von Demokratie sprechen? Dass diese These nicht utopisch ist, zeigt das Beispiel der Schweiz. Hier liegt die Wahlbeteiligung bei Volksentscheidungen höchstens bei 40%<sup>10</sup>.

### **Die Bürger handeln nur im eigenen Interesse**

Die größte Gefahr bei einer direkten Demokratie ist wohl, dass die abstimmende Bevölkerung nur die eigenen Interessen verwirklichen will und kaum Wert auf das

---

<sup>10</sup> Wert laut [http://www.omnibus.org/omnibus.org/projekte/volksabst/download/pos\\_08\\_Quorum.pdf](http://www.omnibus.org/omnibus.org/projekte/volksabst/download/pos_08_Quorum.pdf)

Allgemeinwohl legt. Diese Einstellung vertrat auch Aristoteles, der aus diesem Grund die Demokratie ablehnte.<sup>11</sup>

Man kann die Bevölkerung deswegen nicht verurteilen, es scheint sich hierbei um ein ganz natürliches Verhalten zu handeln. Jedoch muss dieser Punkt zur Kenntnis genommen werden. Wenn man den Bürgern die Möglichkeit gibt, nach ihrem persönlichen Nutzen abzustimmen, so werden sie dies auch tun. Das hängt auch damit zusammen, dass viele Menschen eher eine kurzfristige Sicht der Dinge haben. Sie konzentrieren sich darauf, in ihrem eigenen Leben Glück und Zufriedenheit zu erlangen, denken dabei jedoch selten an die Zukunft oder gar die Generationen nach ihnen.

Diese Sichtweise führt zwangsläufig zu einigen Problemen. Die Bürger werden sich z.B. wohl kaum freiwillig für den Naturschutz einsetzen, wenn sie dadurch auf einen Teil ihrer Lebensqualität verzichten müssten. „Warum soll ich Strom und Wasser sparen und seltener mit dem Auto fahren? Was interessieren mich die Generationen nach mir?“, würde vielleicht manch einer sagen. So denken natürlich längst nicht alle, aber wahrscheinlich eine Mehrheit. Es fehlt also vielen Bürgern an politischer Weitsicht.

Um die späteren Generationen nicht zu stark mit den extremen Folgen unserer Kurzsichtigkeit und unseres verschwenderischen Lebensstils zu belasten, braucht es also gebildete Menschen an der Regierung, welche nicht nur an das „jetzt“ denken. Dies kann nicht das ganze Volk sein. Man braucht Experten, die eine lange Ausbildung durchlaufen haben und eine gewisse Lebenserfahrung haben. Eine ähnliche Einstellung vertritt Platon mit seinem Modell vom Philosophenstaat. Für ihn können dies nur Philosophen leisten.

### **Der Fall Sokrates**

Ein Fall aus der attischen Demokratie, in dem die Probleme der direkten Demokratie offenbar wurden, war der Prozess gegen den Philosophen Sokrates. Der von Platon als weisester Mann seiner Zeit bezeichnete Sokrates lebte ungefähr von 470 v. Chr. bis 399. Sokrates war ein Philosoph, der oft mit Menschen sprach und versuchte, sie von seinen philosophischen Einstellungen zu überzeugen. Dabei machte er sich im Volk natürlich einige Feinde, da er viele Menschen in gewisser Weise in der Öffentlichkeit bloßstellte. Dies machte er natürlich

---

<sup>11</sup> vgl. Aristoteles: Politik, 1279b

nicht, um sie bloßzustellen, sondern um sie auf ihr Scheinwissen aufmerksam zu machen. Dabei spielte er nie den Lehrer, der ihnen das seiner Meinung nach richtige Verhalten rein deduktiv vorgab, sondern ließ die Menschen im Gespräch selbst darauf kommen. Uns wurde viel über Sokrates durch seinen Schüler Platon überliefert, in dessen philosophischen Schriften er die Hauptrolle spielt.

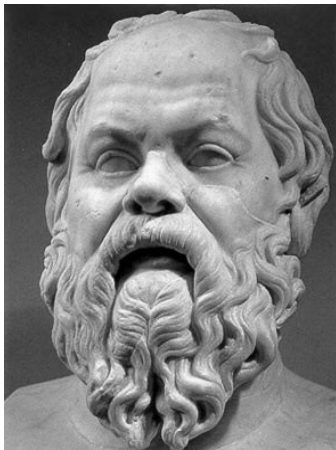


Abb. 5: Sokrates

Dieser Sokrates wurde nun offiziell wegen Asebie und wegen seiner angeblichen Tätigkeit als Sophist (in Wahrheit verurteilte Sokrates die Sophisten) angeklagt. Der wirkliche Grund für diesen Prozess war wohl, dass Sokrates für viele Athener eine unangenehme Person war, die vielen Leuten das Leben schwer gemacht hat. Daher musste es irgendwann zur „Rache“ für seine - aus der Sicht des typischen Atheners - äußerst nervtötende und bohrende Fragerei und Bloßstellung kommen. Es kam also 399 zum Prozess. Wichtige Teile des Prozesses sind uns aus Platons „Apologie des Sokrates“ bekannt.

Sokrates hält eine sehr ausführliche Verteidigungsrede, in der er die Grundüberzeugungen seiner Philosophie darstellt und die einzelnen Punkte der Anklageschrift plausibel widerlegt. Sokrates schafft es sogar, die Anklageschrift ad absurdum zu führen und seine Ankläger mit einfachen logischen Überlegungen zu entkräften. Dies hat die Geschworenen aber nicht davon abgehalten, ihn zum Tode durch den Schierlingsbecher zu verurteilen. Sokrates wurde also noch im selben Jahr hingerichtet.

Dieser Fall zeigt ganz deutlich grundlegende Probleme der attischen Demokratie und der direkten Demokratie im Allgemeinen. Hier wird ein unschuldiger Mann, der seinen Mitmenschen sogar helfen wollte, wegen irgendwelcher Scheinvorwürfe zum Tode verurteilt. Trotz seiner sehr überzeugenden Verteidigungsrede hatte Sokrates keine Chance den Prozess zu gewinnen. Seine Verurteilung stand eigentlich bereits vorher fest. Er war der athenischen Bevölkerung lästig wie ein Schädling (was übrigens sehr nahe am Selbstverständnis des Sokrates ist; er bezeichnet sich selbst in der Apologie als Pferdebremse) und musste beseitigt werden. In wie weit Propaganda gegen ihn eine Rolle gespielt hat, ist mir nicht

bekannt; jedoch ist überliefert, dass vor vielen Prozessen regelrechte Hetzkampagnen durch Athen gezogen sind, welche die Bevölkerung gegen eine bestimmte Persönlichkeit aufwiegeln sollten. Bei Sokrates dürfte dies ähnlich gewesen sein.

Dieser Fall zeigt auch, dass eine direkte Demokratie immer mit einer gewissen Willkür verbunden ist. In Athen jedenfalls fehlte es an einer übergeordneten Behörde, die Entscheidungen des Volkes auf Gerechtigkeit überprüfte. Jeder von Vorurteilen und persönlichen Ressentiments gegen Sokrates freie Mensch hätte erkennen müssen, dass dieses Urteil nicht gerecht war.

Dieses Ereignis prägte die Einstellung Platons zur Demokratie. War er anfangs sogar noch bestrebt, sich aktiv politisch zu betätigen, wurde er nach der unrechtmäßigen Verurteilung seines Lehrers und Vorbildes Sokrates zu einem großen Kritiker der Demokratie. Dieses Ereignis zeigte ihm, welche Ungerechtigkeiten in dieser Staatsform möglich sind.

Anhand des Prozesses gegen Sokrates stellt der amerikanische Medientheoretiker Neil Postman die These auf, dass die Wahrheit stark vom Ausdruck abhinge<sup>12</sup>. So vertritt er die Meinung, dass Sokrates gerade deshalb verurteilt wurde, weil er von seinen attischen Zeitgenossen als kein guter Redner angesehen wurde. Das hänge damit zusammen, dass er in einem für seine Zeit unüblichen Stil redete. Er missachtete die damals geltenden Regeln der Rhetorik, daher hätten ihn viele für unglaubwürdig gehalten. Daraus leitet Postman ab, dass die Wahrheit stark von der Art ihrer Übermittlung abhänge. Von den Menschen einer bestimmten Kultur werde etwas Wahres stets mit einer bestimmten Art des Ausdrucks der Wahrheit verknüpft.

Mit dieser Postman'sche Theorie lässt sich gut die Wirkung von Demagogen erklären: Sie beherrschen es, in genau der Art und Weise zu sprechen oder zu schreiben, die von den Zuhörern als besonders glaubwürdig eingestuft wird. Da Sokrates eben kein Demagoge war, sondern diese verurteilte, stimmten so viele der Laienrichter gegen ihn.

---

<sup>12</sup> vgl. Neil Postman: Medien und Wahrheitsfindung, in Biermann, Heinrich u. a. (Hrsg.): Texte, Themen und Strukturen, Cornelsen Verlag Düsseldorf, 1990, S.330f

## Beispiele für Elemente der direkten Demokratie in der Moderne

In diesem Abschnitt möchte ich zwei Beispiele aus der Moderne anführen, in denen einige Elemente der direkten Demokratie verwirklicht wurden. Der Erfolg ist dabei recht unterschiedlich.

### Die Verfassung der Weimarer Republik

Die Verfassung der Weimarer Republik von 1919 enthält einige plebiszitäre Elemente. In ihr waren das *Volksbegehren* und der *Volksentscheid* fest verankert. Zudem wurde das Staatsoberhaupt in einer direkten Wahl vom Volk gewählt. Die Verfassung bot zwei Möglichkeiten, die dem Volk die Gelegenheit gaben, sich aktiv und direkt am politischen Prozess zu beteiligen:

- Die Artikel 73 und 74 sahen vor, dass der Reichspräsident und der Reichsrat ein Gesetz, mit denen sie nicht einverstanden waren, zum Volksentscheid bringen konnten.
- Der Artikel 73 räumt dem Volk die Möglichkeit ein, Volksbegehren und Volksentscheide durchzuführen. 10% aller stimmberechtigten Bürger mussten sich einem Begehren anschließen, damit es zu einem Volksentscheid kam.

Ingesamt wurden in der Weimarer Republik allerdings nur zwei Volksentscheide durchgeführt. Bei beiden wurde gegen das Begehren gestimmt. Dies zeigt, dass die Möglichkeit zur direkten Einflussnahme von den Bürgern nicht angenommen wurde. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass die Bevölkerung damals alles andere als demokratisch geprägt war. Oft wird die Weimarer Republik auch als „Demokratie ohne Demokraten“ bezeichnet.

Der in Weimar praktizierte Modus beinhaltet in Bezug auf den Reichspräsidenten, welcher ohnehin eine sehr dominierende Stellung hatte, einige Gefahren. So hätte dieser ständig vom Parlament bereits gebilligte Gesetzesentwürfe stoppen und zum Volksentscheid bringen können. Damit hätte er einerseits die Arbeit des Reichstages ungemein hemmen können und andererseits bot es ihm die Möglichkeit, nur solche Gesetze zum Volksentscheid zu bringen, bei denen das Volk entsprechend seiner Meinung abgestimmt hätte.

Die plebiszitären Elemente in der Verfassung hätten also indirekt die Stellung des Reichspräsidenten noch weiter stärken können. Zu diesem Zweck wurden sie

natürlich nicht in der Verfassung verankert. So war es mit vielen Bestimmungen in der Weimarer Zeit: Sie hatten ursprünglich ein gutes Ziel, vergrößerten schließlich aber die Macht des Präsidenten. Dies war einer der Gründe, warum die Weimarer Republik scheiterte.

### **Das Modell der Schweiz**

Die Verfassung der Schweiz gilt als eine der demokratischsten unter den westlichen Staaten. Oft wird sie als Beispiel in einer Diskussion über die direkte Demokratie herangezogen. Man unterscheidet in der Schweiz vor allem zwei Arten der direkten Beteiligung der Bürger an der Politik: Das *Referendum* und die *Volksinitiative*.

Beim Referendum wird wiederum zwischen zwei Typen unterschieden: Das *obligatorische Referendum* ist eine Volksabstimmung, die bei bestimmten Gesetzen und Sachfragen durchgeführt werden muss. In der Verfassung ist vorgegeben, um welche Themen es sich genau handelt. Beispiele für Situationen, die ein Referendum fordern, sind Verfassungsänderungen oder Beitritte der Schweiz in internationale Bündnisse und Organisationen. Ein *fakultatives Referendum* hingegen kann als Reaktion auf ein soeben beschlossenes Gesetz durchgeführt werden, wenn 50.000 stimmberechtigte Schweizer dies fordern.

Die zweite Art ist die *Volksinitiative*. Wenn sich auf Bundesebene 100.000 Stimmberechtigte für eine bestimmte Abstimmung aussprechen, so muss zu dieser Frage eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Auf Kantonsebene sind die Mindestwerte einer Volksinitiative entsprechend geringer.

In der Schweiz sind also einige Elemente der direkten Demokratie verwirklicht worden. Allerdings handelt es sich insgesamt um eine Mischung aus repräsentativer und direkter Demokratie, da die Schweiz auch ein Parlament besitzt. Durch diese Vermischung beider Arten der Demokratie werden einige Nachteile der direkten Demokratie ausgeglichen. So wird das politische Tagesgeschäft von gewählten Experten mit einer nötigen Fachkompetenz durchgeführt; nur bei wichtigen Grundsatzentscheidungen, die vor allem das Volk betreffen, darf dies auch darüber abstimmen.

Dieses Modell wird schon lange erfolgreich in der Schweiz praktiziert. Jedes Jahr gibt es ein paar Abstimmungen, bei denen jeweils einige Fragen gleichzeitig entschieden werden. Durch viele freiwillige Helfer stehen die Ergebnisse meist noch am selben Tag fest, das Argument von Gegnern der direkten Demokratie, dass Volksabstimmungen organisatorisch nicht möglich seien, ist damit entkräftet.

Jedoch ist auch das schweizerische System nicht frei von Nachteilen. Da Volksabstimmungen recht aufwendig sind, versucht man in der schweizerischen Politik oft auf irgendwelche Art und Weise Kompromisse zu finden, um nicht allzu häufig Volksentscheide durchführen zu müssen. Durch diese Kompromisse in der Politik kommt es aber zwangsläufig in gewisser Weise zum Stillstand, da einschneidende Reformen schließlich wieder durch eine Einigung innerhalb des Parlamentes oder der Regierung relativiert würden. Es ist also fraglich, ob ein System regelmäßiger Volksabstimmungen zu großen politischen Fortschritten führen würde.

## Direkte Demokratie ja oder nein? Ein Fazit

Nachdem ich nun die attische Demokratie und die Probleme der direkten Demokratie untersucht habe, möchte ich ein Fazit dieser Überlegungen ziehen. Ist eine solche Demokratie nun sinnvoll? Oder ist eine repräsentative Demokratie der bessere Weg?

Die direkte Demokratie ist natürlich grundsätzlich positiv zu beurteilen. Warum sollte man auch nicht das Volk über sich selbst bestimmen lassen, immerhin betreffen doch fast alle politischen Entscheidungen das Volk. Doch wie wir gesehen haben, birgt ein solches System gravierende Nachteile. Der grundsätzliche Nachteil, welcher auch schon von den antiken Philosophen erkannt wurde, ist wohl, dass die Mehrzahl der Bürger nur persönliche Interessen im Sinn haben und sich nicht um das Allgemeinwohl der Gesellschaft kümmern. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich das Beispiel der Währungsumstellung in Deutschland auf den Euro anführen. In einer Volksabstimmung wäre die Einführung des Euros wohl mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Immerhin ist sie doch für jeden mit großen Mühen verbunden, da man sich auf neue Preise einstellen und sein gesamtes Bargeld wechseln muss; von einigen wurden auch enorme Preissteigerungen vermutet. Warum sich dann die Mühe machen, wenn man sich das auch sparen kann und die gute alte D-Mark behalten? So hätten wohl viele Deutsche gedacht. Damit hätten sie sich also nur um ihre *persönlichen* Interessen gekümmert.

Weiter gedacht hätten wohl nur wenige. Wer denkt schon daran, dass Deutschland durch eine Ablehnung des Euros innerhalb der EU ausgegrenzt gewesen wäre und an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren und dadurch die gesamte Volkswirtschaft einen erheblichen Schaden erlitten hätte? Diese *politische Weitsicht* fehlt dem Volk einfach. Daher hätte kaum einer die Interessen der *Allgemeinheit* im Sinn. Kurzfristig ist die Einführung einer neuen Währung selbstverständlich mühevoll. Langfristig gesehen haben wir jedoch hauptsächlich Vorteile davon. Nur so weit denken die meisten „normalen“ Bürger nicht, man denkt nur kurzsichtig an eigene Interessen.

Diesen Makel kann man eigentlich nur durch Experten ausgleichen, welche die Regierungsgewalt innehaben. Diese Experten dürfen keine persönlichen Interessen an dem haben, was sie tun. Sie dürfen nur im Sinne des

Allgemeinwohls handeln und auch Entscheidungen fällen, die zwar kurzfristig wehtun, langfristig aber mehr Vorteile für das Volk bringen. Die Reihe an Beispielen dieser Art lässt sich beliebig weit fortsetzen. Man denke nur einmal an Steuererhöhungen, Reformen des Sozialstaats, Verlängerung der Arbeitszeit usw. All diese Neuerungen würden doch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt werden, wenn das Volk sich selbst überlassen wäre.

Zudem gibt es noch viele weitere große Probleme einer direkten Demokratie, welche ich im Verlauf der Arbeit bereits angesprochen habe. All diese Probleme führen zu der These, dass eine reine direkte Demokratie keine wünschenswerte Staatsform ist. In diesem Punkt muss man den Philosophen Platon und Aristoteles zustimmen, die diese Meinung bereits vor 2500 Jahren vertraten.

Nun könnte man natürlich zu dem Schluss kommen, dass eine repräsentative Demokratie die „ultima ratio“ sei und frei von Problemen ist. Natürlich beseitigt diese Art der Demokratie viele Nachteile der direkten Form der Demokratie. Aber auch diese Staatsform hat in der Praxis viele Nachteile, die uns aus dem Alltag bekannt sind. Viele Politiker handeln auch hier nur im eigenen Interesse, sie sind begierig nach Macht und tun alles, um bei der nächsten Wahl wieder gewählt zu werden. Unter dieser Prämisse kann man natürlich dem Volk nicht mit radikalen Reformen vor den Kopf stoßen. Gerade dies ist doch das Problem in Deutschland: Zur Zeit sind große Reformen nötig, um unseren Sozialstaat am Leben zu erhalten. Doch kein Politiker traut sich wirklich, diese durchgreifenden Reformen anzugehen, weil man sich ja schließlich nicht mit der Bevölkerung anlegen möchte und wieder gewählt werden will.

Es gibt zwei Möglichkeiten diesem Dilemma zu entkommen. Entweder man verlängert die Legislaturperioden, um den Politikern Zeit zu geben, wirklich etwas zu bewegen und nicht immer nur die nächste Wahl vor Augen zu haben. Oder man lässt eine Wiederwahl von Politikern prinzipiell nicht zu. Dies allerdings hätte zur Folge, dass sich nach jeder Wahl die neuen Politiker, die keine Erfahrung haben, erst lange Zeit einarbeiten müssen, bevor sie wirklich aktiv werden können; und wenn sie sich schließlich eingearbeitet haben, dann steht bereits die nächste Wahl an.

Ein mögliches Staatsmodell, welches neue Perspektiven aufzeigt, bietet Platon mit seinem Philosophenstaat an. Es wäre doch wünschenswert, wenn Philosophen

die Regierung innehätten, welche nur das Allgemeinwohl im Sinn hätten. Diesen langjährig geschulten Philosophen könnte man für jeden Fachbereich Experten zur Seite stellen, welche diese über spezielle Fragen informieren könnten. Dies ist eine der wenigen Staatsmodelle, in denen *Gerechtigkeit* herrscht, da Philosophen zu den wenigen Menschen gehören, für die das Allgemeinwohl wichtiger ist als ihre persönlichen Interessen.

Nun könnte natürlich einer sagen, dieser Staat sei völlig undemokratisch und das Volk werde wie in einer Monarchie oder Aristokratie von einigen wenigen Herrschern „geknechtet“. Dem müsste man aber entgegen, dass streng genommen dieser Staat der *einzig* ist, in dem für *alle Bevölkerungsgruppen* das Richtige und Wünschenswerte getan wird. Dies kann weder die direkte, noch die repräsentative Demokratie leisten, wie wir gesehen haben. Ihnen mangelt es z.B. an Minderheitenschutz. Auch eine Kontrolle der Macht ist im platonischen Idealstaat streng genommen nicht erforderlich, da Philosophen ihre Begierden und Triebe mit ihrem Verstand unterdrücken können und daher keine persönlichen Interessen bei der Staatsführung im Sinn haben. Deshalb kann es nicht dazu kommen, dass sie ihre Macht missbrauchen.

Der Philosophenstaat ist also eine mögliche Staatsform. Es ist eine falsche Annahme der Bevölkerung, dass die Demokratie die einzig wahre Staatsform ist und nicht kritisiert werden darf. Auch die Demokratie muss hinterfragt werden. Und bei dieser Hinterfragung haben wir einige gravierende Nachteile festgestellt.

Allerdings ist die Demokratie zur Zeit noch die beste Art der Regierung, weitaus besser und gerechter als z.B. eine Monarchie oder gar ein diktatorisches Regime. Noch ist die Demokratie die modernste, gerechteste und menschenwürdigste Staatsordnung. Doch der Fortschritt macht auch vor der Politik nicht halt. Irgendwann wird auch eine demokratische Verfassung durch eine neue abgelöst. Derartige Entwicklungen zeigt die Geschichte immer wieder. Sah man im Mittelalter noch den Absolutismus als beste Staatsform an, kamen nach und nach immer mehr demokratische Elemente hinzu, bis sich schließlich unsere heutige Demokratie entwickelte. Warum sollte die Entwicklung gerade jetzt beendet sein?

Mein Fazit dieser Arbeit ist also, dass man nicht ohne darüber nachzudenken ein uneingeschränkter Befürworter der Demokratie sein sollte. Jeder sollte über ihre Nachteile bescheid wissen und sich dessen bewusst sein, dass auch die Demokratie nicht die ultimative Regierungsform ist, wenn es so etwas überhaupt gibt. Wer sich dessen bewusst ist, geht aufklärter mit der Demokratie um und wird sich vielleicht Gedanken darüber machen, wie sie zu verbessern ist.

# Literatur- und Quellenverzeichnis

## Textvorlagen

Platon, siebter Brief; Übersetzung von Ernst Howald im Artemis-Verlag  
Zürich, 1951

Aristoteles, Politik; Übersetzung von Olof Gigon im Deutschen Taschenbuch  
Verlag München, 1973

## Fachliteratur

Biermann, Heinrich u. a. (Hrsg.): Texte, Themen und Strukturen, Cornelsen Verlag  
Düsseldorf, 1990

Bleicken, Jochen: Die athenische Demokratie, Schöningh-Verlag  
Paderborn, 1994

Demandt, Alexander: Antike Staatsformen, Akademie Verlag  
Berlin, 1995

Maier, Friedrich u.a. (Hrsg.): Platon: Apologie des Sokrates, C.C. Buchner  
Verlag Bamberg, 1994

Maier, Gerhart: Stundenblätter / Die Attische Demokratie,  
Ernst Klett Verlag Stuttgart, 1985

Margedant, Udo: Die Entwicklung zur attischen Demokratie,  
Hirschgraben-Verlag Frankfurt a. M., 1973

Pfändtner, Bernhard u. a.: Weimarer Republik - Nationalsozialismus  
C.C. Buchner Verlag Bamberg, 1991

## Internetquellen

- Die Athenische Demokratie  
<http://www.uni-duisburg.de/FB1/PHILO/Unterricht/kapitel4/4-stf/athdem.html>
- Die Geburtsstätte der Demokratie  
[http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/msgs/seminare/e-demo/bong\\_tx.htm](http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/msgs/seminare/e-demo/bong_tx.htm)
- Aristoteles über Demokratie  
<http://www.emabonn.de/schueler/attdemo2.htm>

- Peloponnesischer Krieg  
<http://www.net-lexikon.de/Peloponnesischer-Krieg.html>
- Platon - Politeia - Der Staat  
<http://www.info-antike.de/platon.htm>
- Kritik an der Demokratie und anderen Staatsformen  
<http://www.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Auditorium/ModIdATr/SOKap3/Platon.htm>
- Platons Staatsphilosophie  
[http://www.sol.at/greiner-brg/pages/Index%20Philo/platon\\_staatsphilo.html](http://www.sol.at/greiner-brg/pages/Index%20Philo/platon_staatsphilo.html)
- Vorteile der direkten Demokratie  
<http://www.mehr-demokratie.de/bayern/VB99VorteileDD.html>
- Wikipedia: Direkte Demokratie  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Direkte\\_Demokratie](http://de.wikipedia.org/wiki/Direkte_Demokratie)
- Souveränität, Sicherheit, Neutralität, Direkte Demokratie  
<http://www.ch-libre.ch/Zitate.html>
- Positionen zur direkten Demokratie  
[http://www.omnibus.org/omnibus.org/projekte/volksabst/download/pos\\_08\\_Quorum.pdf](http://www.omnibus.org/omnibus.org/projekte/volksabst/download/pos_08_Quorum.pdf)
- Die athenische Demokratie und Platons Demokratiekritik  
<http://www.geocities.com/johannes0204/essays/platon.html>
- Metöken  
[http://www.adolf-reichwein-schule.de/u\\_mat/attika/a0021.htm](http://www.adolf-reichwein-schule.de/u_mat/attika/a0021.htm)
- Direkte Demokratie in allen Schicksalsfragen unseres Volkes  
<http://www.konservativ.de/eibicht/eibicht7.htm>
- Direkte Demokratie in der Schweiz  
<http://www2.rz.hu-berlin.de/osteuropa/DirdemSchweiz.htm>
- Das politische System der Schweiz  
[http://www.geschichte-schweiz.ch/politik/direkte\\_demokratie.html](http://www.geschichte-schweiz.ch/politik/direkte_demokratie.html)
- Schweiz - der Bund kurz erklärt  
[http://www.g26.ch/schweiz\\_01.html](http://www.g26.ch/schweiz_01.html)

- Plebiszitäre Elemente in einer Demokratie

<http://ra-herrle.de/pages/veroeff/veroeffneu/oe-punkte/PLEBIS.HTM>

## **Abbildungsverzeichnis**

Hinweis: Die Abbildungen wurden teilweise mit handelsüblichen  
Grafikbearbeitungsprogrammen editiert.

Titelbild: Die Akropolis von Athen

<http://www.thomasgransow.de/London/Akrop1.gif>

Abb. 1: <http://www.mek.iif.hu/porta/szint/tarsad/irodtud/vilagir/html/f14.htm>

Abb. 2: <http://www.rossinigesellschaft.de/members/scheier/aristoteles.jpg>

Abb. 3: <http://www.relaxingreece.de/ziele.htm>

Abb. 4: [http://www.lso.de/7\\_vorlesung/main\\_som\\_2002/stammbuchblatt.htm](http://www.lso.de/7_vorlesung/main_som_2002/stammbuchblatt.htm)

Abb. 5: <http://shots.oxo.li/hot/OXO-World/Sokrates.jpg>